FS-12-028-3 Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu FS-12

Von Zeile 27 bis 29 einfügen:
liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch aus den Beständen der Bundeswehr und der Industrie. Die Lieferung von schweren Waffen lehnen wir ab, weil damit zur weiteren Eskalation des Konfliktes beigetragen wird. Zur Beilegung des Konfliktes ist mehr internationale Diplomatie notwendig, statt der Lieferung von immer mehr Waffen. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als

Begründung

Die Grünen haben einen Ursprung in der Friedensbewegung und dem Pazifismus. Im letzten Wahlkampf haben die Grünen noch auf Plakaten damit geworben, keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete zu liefern. Pazifist*innen werden innerhalb der Grünen mittlerweile als Lumpenpazifist*innen oder vom grünen Ministerpräsidenten in BaWü Winfried Kretschmann im Zusammenhang mit Robert Habecks Forderungen nach Waffenlieferungen an die Ukraine als verlogene Seite des Pazifismus beschimpft. Die einst mit dem Grundwert der Gewaltfreiheit gegründeten Grünen treten mit ihrer Außenministerin für Aufrüstung und der Lieferung schwerer Waffen ein.

Wo sind die grünen Politiker*innen, die dieser ständigen Eskalation der Gewalt und das drohende atomare Inferno auf europäischem Boden ein Ende setzen? Anstatt auf internationale Diplomatie, Friedensverhandlungen und Unterstützung des UN-Generalsekretärs zu setzen, fordern grüne Funktionär*innen schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Was den Krieg sicherlich nicht stoppt sind deutsche schwere Waffen, denn sie werden zur weiteren Eskalation des Krieges beitragen. Immer mehr Waffen werden immer auch mehr Gewalt mit sich bringen, mehr Leid und Tod nach sich ziehen. Der ursprünglich regionale Konflikt in der Ost-Ukraine ist mittlerweile zu einem Stellvertreterkrieg geworden im neuen Kalten Krieg. Es besteht die Gefahr, dass der Ukraine-Krieg in einen offenen Krieg Nato gegen Russland und einen Atomkrieg umschlägt.

Wo bleiben die diplomatischen Anstrengungen, um den Krieg in Ukraine zu beenden? Als grüne Außenministerin wäre es ihre Aufgabe sich für einen sofortigen Waffenstillstand und internationale Friedensverhandlungen einzusetzen, wie dies UN-Generalsekretär Guterres tut. Dazu müsste sie nicht nur in die Ukraine, Estland, etc. fahren, um ihnen Unterstützung zu signalisieren, sondern auch nach China, Indien etc., um zu verhandeln, dass diese Länder einen sofortigen Waffenstillstand und eine internationale Friedenskonferenz einfordern. Bei Forderung nach mehr Diplomatie geht es nicht darum, mehr Angebote an Putin zu machen, sondern internationalen diplomatischen Druck zu entfalten, gerade mittels Länder wie China, Indien, die Einfluss auf Putin haben.

Von einer eigenständigen europäischen/deutschen Positionierung für einen Waffenstillstand und der Forderung nach internationalen Friedensverhandlungen ist nichts zu sehen! Zumindest müsste die deutsche Außenpolitik offensiv den UN-Generalsekretär in seinen Bemühungen unterstützen, der es z. B. geschafft hat Zivilist*innen und Soldaten aus Mariupol mit Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes zu evakuieren und die Weizenlieferungen wieder zu ermöglichen. Bei diesen Bemühungen geht es nicht darum „Appeasement“-Politik zur betreiben, sondern als parteiische Vermittler aufzutreten, um einen Waffenstillstand herzustellen und Friedensverhandlungen einzuleiten, um diplomatischen Druck zu entfalten, gerade mittels Ländern wie China, Indien, Südafrika etc, die politischen Einfluss auf Putin haben. Um alle Einflussmöglichkeiten und Vermittlungspotentiale auszunutzen, sollten auch Länder in die diplomatischen Bemühungen einbezogen werden, die sich bisher wie China und Indien neutral verhalten. Ansonsten droht ein Szenario, dass sich China, Indien, Asien und die afrikanischen Staaten auf die Seite von Putin schlagen, eine weitere Polarisierung der Staaten in der Welt stattfindet und wir damit der Möglichkeit beraubt werden, die tatsächlich existenziellen Probleme der Menschheit anzugehen: Armut, Klimawandel und Umweltzerstörung!

weitere Antragsteller*innen

Anna Katharina Boertz (KV Celle); Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Evelyn Thies (KV Ulm); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Maria Regina Feckl (KV Erding); Günther Bieser (KV Ortenau); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Raymund Messmer (KV München-Land); Ulrike Bues (KV Pinneberg); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); Martin Pilgram (KV Starnberg); Wolfgang Heimann (KV Stormarn); Birgitta Tremel (Hannover RV); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Wandsbek); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.